

Forschungsprojekt:
Die Selbstorganisation der Deutschen in Ungarn
und die ungarische Nationalitätenpolitik 1955-1990
Projektbeschreibung

Zusammenfassung:

Das Forschungsprojekt untersucht die ungarische Nationalitätenpolitik des Einparteienregimes in Ungarn 1949-1989/90 und in deren Rahmen die Selbstorganisation der Ungarndeutschen. Es geht vor allem der Frage nach, welche Direktiven seitens der Partei und der Staatsmacht die Selbstorganisation prägten und welche Freiräume in diesem Zeitraum entstehen und sich zu behaupten vermochten.

1. Zum Stand der Forschung

Das Scheitern des Systems des europäischen Minderheitenschutzes, das nach dem ersten Weltkrieg ausgearbeitet worden war, wurde bereits Mitte der 1930er Jahre für alle Beteiligten offensichtlich. Als Lösung dieses Problems wurden nun radikale Alternativen formuliert: Aus- und Umsiedlung von Minderheitengruppen, ihre schnelle Assimilierung oder physische Vernichtung. Im halben Jahrzehnt, das dem Zweiten Weltkrieg folgte, wurde die eine oder andere Alternative oder alle dieser Lösungen in den ostmitteleuropäischen Ländern – mit Zustimmung der Großmächte – angewandt. Mit diesen Maßnahmen konnten die aufgestauten Spannungen natürlich nicht überwunden werden. Sie waren inhuman und antidemokratisch und erzeugten aufgrund ihrer Durchführung als Strafaktionen weitere Konflikte. Erst Jahrzehnte später kam es in den einzelnen Ländern der Region zu einem grundsätzlichen Überdenken der Minderheitenfrage.

In den Jahren unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden auch in Ungarn keine einheitlichen rechtlichen Regelungen zur Sicherung der Rechte der in Ungarn lebenden Minderheiten (Nationalitäten). Die Parteiprogramme in den Jahren der Koalition (1944-1948/49) und die damaligen Regierungsdokumente formulierten zwar Deklarationen zur Gewährleistung der Minderheitenrechte, in der alltäglichen Praxis war allerdings eine offene Diskriminierung charakteristisch. Während es sich die Staatsmacht in Ungarn zum Ziel setzte, sämtliche Deutsche zu vertreiben, strebte sie im Falle der Südslawen (Serben, Kroaten und Slowenen), der Slowaken und teils auch der Rumänen an, diesen umfangreiche Möglichkeiten

für eine offene, parteistaatlich aber streng kontrollierte Selbstorganisation und Interessenkanalisierung zu gewähren.

Aus minderheitenpolitischer Hinsicht brachte die Sowjetisierung Ungarns, die Durchsetzung des Einparteiensystems, die Vertreibung etwa der Hälfte der Ungarndeutschen und der Abschluss des slowakisch-ungarischen Bevölkerungsaustausches sowie die zunehmenden Spannungen im Verhältnis zu Jugoslawien gegen Ende der 1940er Jahre eine neue Situation hervor.

Die Zeitspanne von 1950 bis 1990 kann in minderheitenpolitischer Hinsicht nicht als einheitlich betrachtet werden. Innerhalb dieser Epoche können mehrere Unterperioden unterschieden werden. Für die gesamte Epoche kann allerdings als allgemeines Merkmal festgestellt werden, dass der Parteistaat der ethnisch-nationalen Frage keine besondere Bedeutung zuschrieb. Es kam damals weder zu einer Ausarbeitung einer Grundkonzeption für die Minderheitenfrage noch zu einer umfassenden rechtlichen Regelung geschweige denn zu einer klaren Definition des Minderheitenbegriffs. Vielmehr wurde nach wie vor wie schon vor 1945 der Begriff der „Nationalitäten“ verwendet.

Für die Periodisierung der Minderheitenpolitik können wir – anhand unserer bisherigen Forschungsergebnisse – den Zeitraum vom Beginn der 1950er bis zum Ende der 1960er Jahre (mit Ausnahme einiger Übergangsjahre) als Periode des Automatismus betrachten. Die kommunistischen Machthaber rechneten damals mit einer schnellen Verschmelzung der Minderheitenbevölkerung mit der Mehrheitsgesellschaft und förderten diese Entwicklung mittels ihrer Assimilationspolitik. Nationale Bestrebungen wurden damals der Sache des „allgemeinen Fortschritts der Menschheit“ untergeordnet. Ab Anfang der 1970er Jahre kam es, auch mit Blick auf die Situation der Ungarn in den Nachbarstaaten, in verschiedenen Dokumenten zur Anerkennung der Nationalitäten in Ungarn als Gemeinschaft sowie zur Erweiterung und „Demokratisierung“ ihres institutionellen Netzwerks. Bis Mitte der 1980er Jahre entstanden in einigen Nationalitätenverbänden – als Ergebnis eines langsamen Prozesses – sogar gewisse Voraussetzungen für eine tatsächliche Interessenvertretung. Das Jahrzehnt, das dem Systemwechsel vorausging, kann bereits als Beginn einer neuen Periode, in der eine intensive Arbeit zur prinzipiellen Regelung der Minderheitenrechte einsetzte, betrachtet werden. In dieser Periode der 1980er Jahre konnte der Nationalitätenverband der Ungarndeutschen in steigendem Maß sich als Selbstorganisation seiner Minderheiten verwirklichen, auch wenn die Kontrolle seitens der Partei aufrecht erhalten blieb.

Das ungarische Gesetz Nr. LXXVII aus dem Jahre 1993, das das Prinzip der persönlichen kulturellen Autonomie formulierte, stellte die ungarische Minderheitenpolitik schließlich auf eine neue Grundlage.

In den vergangenen Jahrzehnten sind mehrere Studien und Quellenbände über die wirtschaftliche und soziale Situation der nationalen Minderheiten in Ungarn nach dem Zweiten Weltkrieg sowie über die Nationalitätenpolitik der kommunistischen Partei bzw. der Regierung Ungarns erschienen. In erster Linie wurden hier die Zusammenhänge der Zwangsmigrationsprozesse in den Jahren von 1944/45 bis 1950 aufgearbeitet, wobei dem slowakisch-ungarischen Bevölkerungsaustausch sowie den Retorsionen, denen die Ungarndeutschen im Zuge der Ausbildung der neuen Machtstrukturen ausgesetzt waren (Maßnahmen zur Einschränkung der Staatsbürgerrechte, Enteignungen, Internierungen usw.), und den Umständen der Vertreibung der Ungarndeutschen besondere Aufmerksamkeit geschenkt wurde.

Die Geschichtswissenschaft hat demgegenüber den Veränderungen der ungarischen Nationalitätenpolitik in den Jahren von 1950 bis 1990, ihrer Rolle bei der Assimilation der einzelnen Nationalitäten und den Widersprüchen zwischen den rechtlichen Regelungen und ihrer praktischen Umsetzung bislang wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Die Studien und Quellenpublikationen, die über diese Epoche erschienen sind, haben in erster Linie die Nationalitätenpolitik Ungarns und die lokale Situation der einzelnen Nationalitäten, insbesondere deren Unterrichtssituation und kulturelle Selbstorganisation thematisiert.¹

Wenig Aufmerksamkeit wurde bislang den außenpolitischen Zusammenhängen der ungarischen Nationalitätenpolitik, der Rolle, die die einzelnen Nationalitäten in den bilateralen Beziehungen der jeweiligen Staaten spielten, sowie der Untersuchung der

¹ Ich verweise hier nur auf einige Arbeiten, die mir besonders wichtig erscheinen. Unter den Dokumentenbänden sind hervorzuheben: Sándor Balogh (Hrsg.): A magyar állam és a nemzetiségek. A magyarországi nemzetiségi kérdés történetének jogforrásai 1848-1993 [Der ungarische Staat und die Nationalitäten. Rechtsquellen der Geschichte der Nationalitätenfrage in Ungarn 1848-1993]. Budapest 2002; Miklós Füzes (Hrsg.): Nemzetiségi ügyek dokumentumai Baranyában 1945-1950 [Dokumente zu den Angelegenheiten der Nationalitäten in der Baranya 1950-1990]. Pécs 2003; Ágnes Tóth (Hrsg.): Pártállam és nemzetiségek (1950-1973) [Parteistaat und Nationalitäten (1950-1973)]. Kecskemét 2003. Bezüglich der Studien ist auf folgende Arbeiten zu verweisen: Balázs Dobos: A kisebbség joga. Kisebbségi törvénykezés Magyarországon (1988-2006) [Das Recht der Minderheiten. Minderheitengesetzgebung in Ungarn 1945-1990]. Budapest 2011; István Fehér: Az utolsó percben. Magyarország nemzetiségei 1945-1990 [In letzter Minute. Die Nationalitäten Ungarns 1945-1990] Budapest 1993; Gizella Föglein: Etnikum és educáció. A magyarországi nemzetiségek és alsófokú oktatásuk állami szabályozása 1945-1985 [Ethnikum und educacio. Die Nationalitäten in Ungarn und die staatliche Regelung des Unterstufenunterrichts]. Budapest 2006; László Kóvágó/ Loránt Tilkovszky: Nemzetiségi politika Magyarországon 1945 után [Nationalitätenpolitik in Ungarn nach 1945]. Budapest 1986; Gerhard Seewann: Geschichte der Deutschen in Ungarn. 2 Bde, Marburg 2012; Andreas Schmidt-Schweizer: Das Verhältnis zwischen dem kommunistischen Ungarn und der Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn (1951-1989/90). In: Meinolf Arens/ Klaus Rettel (Hrsg): Minderheiten und Mehrheiten im Donau-Karpatenraum. Berlin/ Cluj 2012, S. 468-483.

verschiedenen Faktoren der gesellschaftlichen Integration der Nationalitätengemeinschaften geschenkt. Zudem wurde bisher nicht versucht, die Prozesse in Ungarn in einem ostmitteleuropäischen Zusammenhang zu verorten. Bislang wurden Tätigkeit und Geschichte der Nationalitätenverbände, die politischen Zusammenhänge der Veränderungen in der Nationalitätenpolitik und die strukturelle Umwandlung der Verbände wie auch ihr eigentlicher Spielraum im öffentlichen Leben kaum beachtet.

2. Ziele des Forschungsprojekts und wichtige Fragestellungen

2.1. Innenpolitische Aspekte

In der Zeitspanne zwischen 1950 und 1990 bestimmte die marxistisch-leninistische Ideologie die Nationalitätenpolitik von Partei und Regierung. Dementsprechend überschrieben zum einen die Klassengesichtspunkte die nationale bzw. ethnische Zugehörigkeit, zum anderen machte die unterschiedslose Gewährleistung der staatsbürgerlichen Rechte eine eigene Gewährleistung von Minderheitenrechten unnötig.

Bereits die bisherigen Forschungsergebnisse haben gezeigt, dass innerhalb des Untersuchungszeitraums mehrere Perioden unterschieden werden können. Innerhalb dieser Zeitabschnitte veränderten sich die inhaltlichen Elemente und Schwerpunkte der Nationalitätenpolitik. Zugleich waren die gesamten vier Jahrzehnte durch eine Verringerung des Gewichts der Minderheitenfrage, durch Widersprüche zwischen der rechtlichen Regelung und der praktischen Umsetzung, durch die Verhinderung der Selbstorganisation der Minderheiten bzw. durch eine Steuerung „von oben“ und die vollständige Kontrolle der Aktivitäten der Minderheiten sowie durch die – im Hinblick auf die Ungarn in den Nachbarländern – gleichzeitige selektive Anwendung der Auffassung von „Kulturnation“ und „Staatsnation“ geprägt.

Das grundlegende Ziel der geplanten Forschung ist die monografische Aufarbeitung der Geschichte des Kulturverbands der Deutschen Werktätigen in Ungarn (1955-1960), sowie des Demokratischen Verbands der ungarländischen Deutschen Werktätigen (1960-1990) und ein Vergleich mit der Tätigkeit weiterer Nationalitätenverbände – der Rumänen, der Südslawen, der Slowaken – um Ähnlichkeiten und Unterschiede feststellen zu können. Im Hinblick auf solche Unterschiede sollen auch deren Gründe aufgedeckt und der Frage nachgegangen werden, inwieweit diese durch die unterschiedlichen Strategien der Führungsgremien und

deren politischen Stellung begründet werden können und inwieweit dabei die Nationalitätenpolitik von Partei und Regierung eine Rolle spielte.

2.1.1 Die wichtigsten Fragestellungen

Das Forschungsprojekt rückt folgende Gesichtspunkte in den Mittelpunkt:

Nation-Nationspolitik-Nationalitätenpolitik: (nemzet-nemzetpolitika-nemzetisépolitika)

- Charakterisierung des Verständnisses von „Nation“ seitens der kommunistischen Partei bzw. der Regierung;
- Feststellung der unterschiedlichen Zeitphasen in der Nationalitätenpolitik;
- Bestimmung der inhaltlichen Elemente der einzelnen Phasen und Untersuchung der innen- und außenpolitischen Gründe für die festgestellten Veränderungen;
- Untersuchung der rechtlichen Stellung der Minderheiten in Ungarn mit Blick auf Unterricht, Sprachgebrauch, Kulturleben, Selbstorganisation.

Die deutsche Minderheit:

- Veränderungen in der sozioökonomischen Situation der Deutschen während des Untersuchungszeitraumes; dabei sollen die soziokulturellen Merkmale der Gemeinschaft (Veränderungen hinsichtlich der demografischen Entwicklungen, des Schulabschlusses und der Berufsstruktur) besondere Berücksichtigung finden;
- Formen, Bereiche und Möglichkeiten der kulturellen und sonstigen Selbstorganisation sowie deren Charakteristika.
- Der strukturelle Aufbau des Verbandes und seine Tätigkeit im Zusammenhang mit den Veränderungen in der Nationalitätenpolitik der Regierung.
- Die „Neue Zeitung“ als Sprachrohr der Gemeinschaft, des Verbandes, der Regierung sowie der Partei. Diese Zusammenhänge werden durch eine Inhaltsanalyse dieser Wochenzeitung erfasst.
- Die Leitung des Verbandes und deren Mitwirkung in der Redaktion der „Neue(n) Zeitung“. Die unterschiedlichen Körperschaften und Gremien des Verbands, das Redaktionsteam der „Neue(n) Zeitung“ – Lebensweganalyse ihrer Elite.

2.2. Außenpolitische Aspekte

Zugleich ist auch beabsichtigt, die Situation der deutschen Minderheit in Ungarn in Beziehung zum deutsch-ungarischen Verhältnis (Ungarn-BRD-DDR) zu setzen. Beide

deutsche Staaten haben nach ihrer Gründung – wenn auch aus unterschiedlichen Gründen – für die Lage der Ungarndeutschen Interesse gezeigt. Diesen Aspekt haben ungelöste Fragen noch dazu verstärkt: die Familienzusammenführung, die Schwierigkeiten der Besuche bei Verwandten oder die Rente der einst in der deutschen Wehrmacht gedienten Soldaten sowie die Entschädigungsansprüche.

Die unterschiedlichen Behörden beider Staaten – Ministerien, Kulturinstitute, Universitäten – strebten mit dem Demokratischen Verband der ungarländischen Deutschen Werktätigen direkten Kontakt an. An einer Zusammenarbeit waren auch die durch die in der BRD von den Vertriebenen gegründeten Landsmannschaften sowie zivile Organisationen interessiert. Obwohl ab Dezember 1973, nach der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Ungarn und der BRD der Deutsche Verband seine ausländischen Beziehungen schon freier gestalten konnte, war diese Freiheit in erster Linie mehr auf die DDR beschränkt. Denn eine starke Partei- und Staatskontrolle blieb bis zum Systemwechsel 1989 in Geltung.

2.2.1. Die wichtigsten Fragestellungen

Im Interesse der Umsetzung dieser komplexen Untersuchungsgesichtspunkte ist es – wie oben angedeutet – notwendig, auch die außenpolitischen Bezüge zu untersuchen. Hierbei geht es insbesondere um folgende Fragen:

- Seit wann spielen die Ungarndeutschen in den zwischenstaatlichen Beziehungen eine Rolle und warum?
- Welche Rolle spielten die Ungarndeutschen in den Jahren des Sozialismus für die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik, der Bundesrepublik Deutschland und Ungarn?
- Welche Formen der Unterstützung und Förderung wurde seitens des ungarischen Staats im Hinblick auf die deutsche Gemeinschaft zugelassen und welche Rolle spielte in diesen der Verband der Deutschen in Ungarn?
- Welche Formen der Kontaktaufnahme wurden nach dem Zweiten Weltkrieg zwischen den Familienangehörigen der vertriebenen Ungarndeutschen und den in Ungarn verbliebenen Deutschen zugelassen und gewährleistet?
- Welche inhaltliche Elemente sind für die Außenbeziehungen des Deutschen Verbands charakteristisch? Welche Unterschiede gab es bei der Gestaltung der Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Gremien und Kommissionen der DDR und der BRD?

2.3. Quellen

2.3.1. Quellen zu den innenpolitischen Aspekten

Um eine Antwort auf die oben formulierten Fragen zu finden, ist es unverzichtbar, die folgenden Archive in Ungarn aufzusuchen:

Ungarisches Staatsarchiv:

- Protokolle des Ministerrats
- Akten des Ministerpräsidentenamts
- Akten des Ministeriums für Unterricht und Kultus
- Akten der Kommunistischen Partei (MDP bzw. MSZMP)
- Akten des Justizministeriums
- Akten des Innenministeriums
- Akten des Landesverbandes der Ungarndeutschen
- Akten des Außenministeriums unter besonderer Berücksichtigung der Quellen aus der ungarischen Botschaft in Ostberlin und Bonn.

Archive der Komitate Baranya, Bács-Kiskun, Tolna, Somogy, Békés und Fejér:

- Akten der Komitatsräte (Megyei Tanács iratanyaga)
- Akten des Komitatsvollzugsausschusses (Megyei Végrehajtó Bizottság iratanyaga)
- Akten der Kommunistischen Partei (MDP bzw. MSZMP) in den einzelnen Komitaten

3. Presse

Landesweite Zeitungen:

- Freies Leben
- Neue Zeitung
- Népszabadság

2.3.2. Quellen zu den außenpolitischen Aspekten

Um eine Antwort auf die oben formulierten Fragen zu finden, ist es – neben der Forschung in den ungarischen Archiven – unverzichtbar, die folgenden Archive in der Bundesrepublik aufzusuchen:

Bundesarchiv (Berlin):

- Abteilung Deutsche Demokratische Republik mit sowjetischer Besatzungszone 1949-1990:
- Parlamente und Staatsoberhaupt
- Ministerrat, Zentrale Kommissionen und Ämter
- Auswärtige und internationale Beziehungen
- Forschung und Technik
- Bildung, Kultur, Sport und Medien

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (Berlin)

- Akten des Außenministeriums der DDR
- Akten des Außenministeriums der BRD

Für den methodischen Aspekt des Forschungsvorhabens ist es erforderlich, die verschiedenartigsten Quellen – Archivquellen, statistische Angaben, Pressemeldungen, persönliche Erinnerungen usw. – einander gegenüberzustellen und zu analysieren, sowie den Gesichtspunkt des Vergleichs konsequent zu verfolgen.

Die Teilergebnisse der Forschung sollen sowohl auf Ungarisch als auch auf Deutsch in Form von Zeitschriftenbeiträgen und in einer umfangreicheren Monographie veröffentlicht werden (ca. 400-500 Seiten).

Die Forschungsmethodik und ihre Ergebnisse sollen ähnliche Forschungen, zu der jüngsten Geschichte der Deutschen in Ost-Mitteleuropa, anregen, um eine vergleichende Analyse der Nationalitätenpolitik der betroffenen Länder erstellen zu können.

3. Durchführung des Forschungsprojektes

Das Projekt hat seinen Sitz an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und wird in enger Kooperation mit dem Stiftungslehrstuhl für deutsche Geschichte und Kultur im südöstlichen Mitteleuropa an der Universität Pécs durchgeführt. Die Projektbearbeiterin vor Ort ist Dr. Tóth Ágnes, Universitätsdozentin und Leiterin des Stiftungslehrstuhls. Frau Tóth fungiert als Projektkoordinatorin und Autorin der geplanten Monographie und der Zeitschriftenaufsätze. Sie erhält für diese Tätigkeit einen Werkvertrag mit der Universität Freiburg. Die Reisekosten, Sachkosten und die Werkverträge mit den Hilfskräften werden über den Lehrstuhl für Neuere und Osteuropäische Geschichte der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg abgerechnet.

4. Erklärungen

Die Voraussetzungen zur Förderung deutscher Kultur und Geschichte im östlichen Europa gemäß § 96 BVFG werden aus folgenden Gründen bei der vorgesehenen Maßnahme als gegeben angesehen:

Es handelt sich um eine Maßnahme zur Erforschung deutscher Kultur und Geschichte im östlichen Europa. Der Antragsteller und Projektträger ist Lehrstuhlinhaber an einer deutschen Universität. Die Universität Freiburg und der Antragsteller haben Erfahrung in der Durchführung von Kooperationsprojekten mit ausländischen Partnern. Die ordnungsgemäße Geschäftsführung ist gesichert. Mit dem Projekt wurde noch nicht begonnen.